

Vor den Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt fasste der Ausschuss für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises entsprechend seiner Geschäftsordnung einen Beschluss zur Verlängerung der Sitzung.

Beide Ausschüsse nehmen einvernehmlich Kenntnis von der Mitteilungsvorlage der Verwaltung.

An der Aussprache beteiligten sich neben den Ausschussvorsitzenden, Herrn Abg. **Steiner** – Grüne RSK- und Herrn Stv. **Beu** –Grüne-, Herr Stv. **Dr. Redeker** –SPD-, Frau Stv. **Reinsberg** –CDU-, Herr Abg. **Krauß** –CDU RSK-, Herr SB **Schroerlücke** –Grüne-, Herr Abg. **Hildebrand** –FDP RSK- sowie Herr Stadtbaurat **Wiesner**.

Frau Stv. **Reinsberg** –CDU- gab zu Protokoll:

1. Angesichts der vom Kölner Verwaltungsgericht ausgesprochenen Fahrverbote muss die Verwaltung, die im Projekt Lead City vorgesehenen Maßnahmen und beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs möglichst schnell umsetzen.
2. Die Verwaltung muss, falls im Zuge einer eventuellen Berufung nicht das Fahrverbot anders bewertet wird, kurzfristig die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Fahrverbote entwickeln. Dabei sind u.a. Fragen der Kontrolle, der Abgrenzung der betroffenen Bereiche, Fragen zum Querverkehr ebenso zu beantworten, wie Fragen zu Ausnahmegenehmigungen z.B. für Anwohner an den vom Fahrverbot betroffenen Straßen oder für Handwerker.
3. Es ist ein Verkehrskonzept zu entwickeln, dass angesichts der Fahrverbote eine geeignete Verteilung und Führung des Autoverkehrs vorsieht.
4. Es sind geeignete Stellen und Flächen zu prüfen, die ggf. kurzfristig als Park&Ride-Parkplätze eingerichtet werden können.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –Grüne- gab zu Protokoll, dass die Anregung des Abg. **Krauß** –CDU RSK- („Die Verwaltung sollte prüfen, ob die provisorische Linienführung der Linie 550 nicht dauerhaft eingeführt werden könne.“) von der Verwaltung entsprechend abzuwägen ist. Über diesen Prüfauftrag bestand Einvernehmen.

Der Abg. **Hildebrand** –FDP RSK- gab zu Protokoll, dass nicht genügend Busfahrer zur Verfügung stehen und das 365-Euro-Ticket auch Einpendlern zur Verfügung stehen sollte.